

Deutschland: Expansion trotz weltwirtschaftlicher Unruhe

Von Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Martin Plödt, Galina Potjagailo und Maik Wolters

Die Konjunktur in Deutschland hält trotz eines unruhigen weltwirtschaftlichen Umfelds Kurs. Für das laufende und das kommende Jahr rechnen wir unverändert mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 und 2,1 Prozent. Im Jahr 2017 dürfte sich das Expansionstempo nicht zuletzt aufgrund der anhaltend anregenden monetären Rahmenbedingungen und der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt sogar noch einmal leicht auf 2,3 Prozent beschleunigen. Damit wird der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts das Potenzialwachstum spürbar übersteigen, so dass Deutschland den Weg in die Hochkonjunktur antritt.

- Die konjunkturelle Dynamik hat sich im Verlauf des ersten Halbjahres gefestigt. Trotz erheblicher wirtschaftspolitischer Turbulenzen, die sich um die Jahresmitte herum im Zuge der Griechenland-Krise ergaben und – über diesen konkreten Fall hinaus – grundsätzliche Fragen über die Zukunft der Europäischen Währungsunion aufgeworfen haben, blieb die Stimmung in den Unternehmen hinsichtlich der Lageeinschätzung in der Tendenz deutlich aufwärts gerichtet.
- Die Frühindikatoren sprechen dafür, dass sich das Expansionstempo des Bruttoinlandsproduktes, das im zweiten Quartal 0,4 Prozent (laufende Rate) betrug, im dritten Quartal fortsetzt. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die konjunkturelle Entwicklung noch an Fahrt gewinnen.
- Binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte tragen die Expansion. Die wieder stärker sprudelnden verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte übersetzen sich bei zunächst nur geringem Verbraucherpreisauftrieb in kräftige Kaufkraftzuwächse der Konsumenten. Die hohe Konsumdynamik wird zunehmend durch den Investitionsaufschwung flankiert, der aufgrund der zusehends angespannten Produktionskapazitäten Tritt fassen wird.
- Der Außenhandel wird sich dynamisch entwickeln, trägt aber für sich genommen nicht zur Beschleunigung der Expansion bei. Auch wenn das zuletzt hohe Expansionstempo bei den Ausfuhren in der zweiten Jahreshälfte nicht ganz gehalten werden dürfte, so zeichnen sich für alle drei Prognosejahre Zuwachsraten um 6½ Prozent ab. Angesichts zunehmend angespannter Produktionskapazitäten im Inland dürfte der Aufschwung einen Sog entfalten, der die Einfuhren deutlich stärker anziehen lassen wird als die Ausfuhren. Gleichwohl erreicht der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt Werte um 9 Prozent.
- Der Beschäftigungsaufbau gewinnt wieder an Tempo. Die zwischenzeitliche Verlangsamung der Beschäftigungsentwicklung, die vor allem dem wohl mindestlohnbedingten Wegfall von Minijobs geschuldet war, dürfte allmählich überwunden sein und im Prognosezeitraum einem beschleunigten Beschäftigungsaufbau weichen. Stützend wirkt, dass der Zuwanderungssaldo vorübergehend deutlich ansteigt und das Erwerbspersonenpotenzial erhöht. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) dürfte auf neue Tiefststände von 6,4 Prozent (2015), 6,2 Prozent (2016) und 5,6 Prozent (2017) sinken.

- Die Finanzpolitik steuert auf den Maastricht-Schuldenreferenzwert zu. Angesichts der lebhaften Konjunktur steigen die Überschüsse in den öffentlichen Haushalten. Diese sollten angesichts der sich anspannenden Produktionskapazitäten nicht für weitere Ausgabenprogramme genutzt werden. Nach dem derzeit absehbaren finanzpolitischen Kurs sinkt der Bruttoschuldenstand – auch infolge der Vermögensverwertung bei den „Bad Banks“ – am Ende des Prognosezeitraums auf etwa 63 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung und reicht damit nahe an die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Obergrenze heran.
- Sowohl das weltwirtschaftliche Umfeld als auch die Wirtschaftspolitik bergen Abwärtsrisiken. Weltweit haben die großen Notenbanken der westlichen Welt seit geraumer Zeit einen ultraexpansiven Kurs eingeschlagen, der die Weltwirtschaft anfällig macht für krisenhafte Entwicklungen. Bereits zaghafte Versuche, die geldpolitischen Zügel wieder anzuziehen, können sich in drastischen Wechselkursreaktionen niederschlagen und die internationalen Handelsströme in erratischer Weise unterbrechen. Aber auch eine Fortsetzung der Niedrigzinspolitik birgt Risiken. Auch die derzeitigen Entwicklungen in China bergen Risiken, Zwar konnten die deutschen Exporteure die jüngste Schwächephase im China-Geschäft durch eine Umorientierung zu anderen Handelspartnern zuletzt kompensieren, bei einer krisenhaften Korrektur in China würden aber die Effekte auch in Deutschland deutlich spürbar sein.
- Die Stabilitätsgefahren für die deutsche Wirtschaft lauern unter der Oberfläche. Derzeit sind die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten bei stabilen Verbraucherpreisen und einem hohen Beschäftigungsgrad normal ausgelastet. Zudem ist der Staatshaushalt ausgeglichen. Es scheint daher, dass Deutschland stabilisierungspolitisch einem Idealzustand nahe sei. Dieser Befund darf indes nicht zu Unachtsamkeit verleiten. So erhöht sich auf dem Weg in die Hochkonjunktur das Rückschlagpotenzial für die deutsche Wirtschaft. Ferner begünstigt das ausgeprägte Niedrigzinsumfeld Fehlinvestitionen und Übertreibungen, die später schmerzhaft wieder korrigiert werden müssen oder gar in krisenhaften Entwicklungen münden.
- Der stark zugenommene Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland bietet erhebliche Chancen, wenn die Wirtschaftspolitik hierzu die richtigen Weichenstellungen unternimmt. Zu einer erfolgreichen Integrationspolitik gehört insbesondere die Öffnung der Arbeitsmärkte für Migranten. Es wäre beispielsweise zu erwägen, Mindestlohn- und Präferenzregelungen für diese Personengruppe so zu gestalten, dass ihre Chancen steigen, sich in den Wirtschaftsprozess einzugliedern.

Tabelle 1:

Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung 2014–2017

	2014	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	1,8	2,1	2,3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,7	2,0	1,9	2,1
Verbraucherpreise	0,9	0,3	1,1	2,0
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,4	0,8	1,5	1,3
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	42 703	42 903	43 220	43 675
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,7	6,4	6,2	5,6
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	0,3	1,0	0,5	0,7
Schuldenstand	74,4	70,5	66,9	62,8
Leistungsbilanz	7,6	8,8	9,0	9,0

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Prof. Dr. Stefan Kooths

Tel.: +49 (0) 30-2067-9664 (Büro Berlin)

Tel.: +49 (0) 431-8814-579 (Büro Kiel)

stefan.kooths@ifw-kiel.de**Dr. Nils Jannsen**

Phone: +49 (0) 431-8814-298

nils.jannsen@ifw-kiel.de